



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

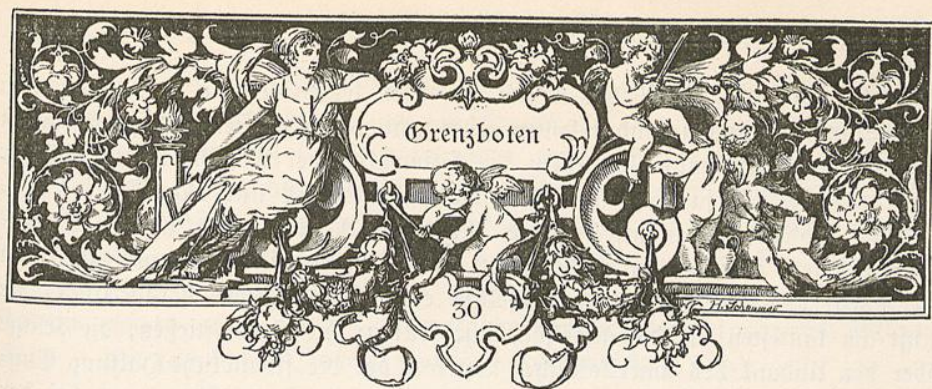
**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Lenschau, Th.: England und Nordamerika

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## England und Nordamerika

**S**wei Jahre sind vergangen, seitdem mit lauten Posaunenstößen in der Presse diesseits und jenseits des Ozeans der erstaunten Welt die angelsächsische Allianz verkündet wurde, in einem Zeitpunkt, der allerdings aus mehr als einem Grunde für ein solches Bündnis besonders günstig war. England hatte sich allmählich davon überzeugt, daß es mit der alten und oft bewährten Politik, die Festlandstaaten gegeneinander auszuspielen, nicht mehr so recht gehn wollte, weil nachgerade jedermann das Spiel durchschaute; und mit anerkannter Offenheit hatte Chamberlain es ausgesprochen, daß die Zeit der glänzenden Vereinsamung vorüber sei, und man einen Bundesgenossen brauche. Drüben aber schickten sich die Vereinigten Staaten an, die Beute des spanisch-amerikanischen Krieges in aller Stille in Sicherheit zu bringen, als Graf Soluchowskis Rede über die panamerikanische Gefahr plötzlich wie ein greller Miston diese Stille durchschnitt und die Unsicherheit der Lage offenbarte: schon fürchtete man in Amerika das Wiedereingreifen einer europäischen Koalition, das nach dem chinesischen Kriege Japan um die Früchte seines Sieges gebracht hatte. Damals fanden sich in bedrängter Lage die verwandten Seelen diesseits und jenseits des Ozeans. In unzähligen Toasten und Zeitungsartikeln wurde die neue Freundschaft gefeiert und immer wieder von neuem die Wahrheit festgestellt, daß Blut dicker als Wasser sei. Als sich nun aber auch die politische Annäherung zwischen Deutschland und England vollzog, die noch heute andauert, da erreichte die Freude ihren Höhepunkt, und es gab kein Pennyblatt in England, das nicht die begeistertsten Leitartikel über das Bündnis und den neuen Bundesgenossen gebracht hätte, wie es in englischer Bescheidenheit hieß.

Seitdem ist freilich eine schlimme Ernüchterung eingetreten. Daß von einem wirklichen Bündnis mit Amerika nie die Rede gewesen ist, weiß man längst; aber auch das, was nun von der ganzen Herrlichkeit übrig blieb, das herzliche Einverständnis der englisch redenden Völker, hat seine Probe nur

schlecht bestanden. Wohl haben sich in diesen letzten Tagen in Nordamerika auch Stimmen für England erhoben, aber weitaus die meisten und gewichtigsten Organe der Presse und vor allem die Stimmung der Massen haben sich für die Buren erklärt; ja vielleicht haben die Engländer es nur Mac Kinleys vorsichtiger Politik zu danken, daß die Teilnahme Nordamerikas an der Burenache bis jetzt rein platonisch geblieben ist. So begreift man denn auch den elegischen Ton, der jetzt aus denselben englischen Blättern hervorklingt, die einst am lautesten für die angelsächsische Allianz ins Horn stießen, die Klage über den Undank des amerikanischen Betters, der die freundliche Haltung Englands im spanischen Kriege vergessen hat und es jetzt verläßt, wo es bei der allgemeinen Verurteilung seiner Handlungsweise ein wenig moralische Unterstützung bitter nötig hätte.

Daß das amerikanische Volk die Partei der Buren ergreift, ist nun freilich kein Wunder. Mag der Krieg in Südafrika wirklich ein Kampf der höhern Kultur gegen eine niedre, des modernen Staates gegen eine mittelalterliche Bauernaristokratie sein — nicht das ist für das Gefühl der Massen entscheidend, sondern der Zug, der in dem Kampfe um die Goldfelder Transvaals am meisten hervortritt: die brutale Vergewaltigung des kleinen, sich tapfer um seine Freiheit wehrenden Volkes durch den übermächtigen Nachbar. Da stellt sich das natürliche Gefühl von selber auf die Seite des Schwachen, und für die Amerikaner kommt noch eins hinzu: ihre Väter haben gegen dieselbe Macht vor mehr als hundert Jahren den Freiheitskrieg gewagt und gewonnen, wie sollten die Nachkommen nicht ihre Sympathien dem Burenvolk zuwenden, das jetzt in derselben Lage ist?

Daß aber auch die amerikanische Regierung eine so korrekte Haltung gegen England annimmt, die sich in nichts von dem Benehmen der europäischen Mächte unterscheidet und sehr von der freundlichen Neutralität Englands im Kampf um Kuba absticht, das ist allerdings befremdlich. Vielleicht wirkt die am Ende des Jahres stattfindende Präsidentenwahl schon jetzt ihren Schatten voraus. Seit die Aussichten auf eine Spaltung der demokratischen Partei sehr gering geworden sind, bleibt William Bryan für die jetzige Regierung ein nicht zu verachtender Gegner, und es läßt sich nicht leugnen, daß er ganz geschickt operiert. In der richtigen Erkenntnis der Sympathien des amerikanischen Volkes, und vor allem, um die Stimmen der Deutschen und Iren für sich zu gewinnen, hat er sich auf die Seite der Buren gestellt. Die meisten und schärfsten Kundgebungen gegen England kommen aus den Staaten, in denen die Demokratie das Ruder führt. Da gilt es nun für Mac Kinley doppelt vorsichtig zu sein, und so wird seine Zurückhaltung England gegenüber einigermaßen begreiflich. Aber der eigentliche Grund liegt tiefer, es ist der, daß in Amerika mehr und mehr der Gedanke an Boden gewinnt, man brauche sich um die Freundschaft Englands gar nicht zu kümmern, da diesem ein gutes Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten so notwendig sei wie das tägliche Brot.

Dies ist in der That mehr als eine Redensart. Sowohl für seine Ernährung, als auch für den Bezug von Baumwolle, dem Rohmaterial für seine wichtigste Industrie, ist England zu einem großen Teil auf Nordamerika angewiesen. Es ist bekannt, daß der englische Boden nur etwa ein Viertel dessen hervorbringt, was das Volk zu seinem Lebensunterhalt braucht; von den übrigen drei Vierteln, die durch Einfuhr gedeckt werden müssen, liefern die Vereinigten Staaten über die Hälfte. Nach den englischen Angaben — die amerikanischen sind im ganzen etwas höher — betrug die Einfuhr von Getreide und Weizenmehl in den letzten drei Jahren nach hundredweights (Cwts.):

	1897	1898	1899
Weizen . . .	62 743 300 Cwts.	65 227 900 Cwts.	66 637 000 Cwts.
Weizenmehl . . .	18 680 700 "	21 017 100 "	22 945 700 "
Gerste . . .	18 958 700 "	24 457 000 "	17 189 400 "
Hafer . . .	16 116 800 "	15 577 900 "	15 626 600 "
Mais . . .	53 785 400 "	57 169 300 "	62 699 600 "
zusammen	170 284 900 Cwts.	183 449 200 Cwts.	185 098 300 Cwts.
im Werte von	50 871 100 Pfd. St.	60 149 400 Pfd. St.	55 110 900 Pfd. St.

Davon kamen aus den Vereinigten Staaten:

	1897	1898	1899
Weizen . . .	34 603 200 Cwts.	37 855 200 Cwts.	34 650 600 Cwts.
Weizenmehl . . .	14 063 000 "	17 445 900 "	18 405 800 "
Gerste . . .	—	2 392 800 "	1 946 000 "
Hafer . . .	8 082 300 "	8 421 300 "	7 072 000 "
Mais . . .	39 645 100 "	37 466 100 "	39 460 400 "
zusammen	96 393 600 Cwts.	103 581 300 Cwts.	101 534 900 Cwts.
im Werte von	28 730 600 Pfd. St.	35 165 400 Pfd. St.	30 894 400 Pfd. St.

Die Einfuhr von Baumwolle in den drei letzten Jahren zeigt folgendes Bild:

	1897	1898	1899
Gesamteinfuhr	15 394 300 Cwts.	19 004 900 Cwts.	14 520 400 Cwts.
davon aus den Verein. Staaten }	12 323 100 "	16 119 200 "	11 017 500 "
im Werte von	24 557 500 Pfd. St.	27 513 000 Pfd. St.	19 164 100 Pfd. St.

Die Rechnung ergibt also, daß die Vereinigten Staaten in den drei letzten Jahren 56,6, 56,4 und 54,9 v. H. der englischen Getreideeinfuhr deckten, während sich ihr Anteil an der Baumwolleneinfuhr sogar auf 80, 84,8 und 75,9 Prozent des Gesamtimports belief. Diese Zahlen beweisen zur Genüge, daß England in seinem eignen Interesse es überhaupt nie zu einem ernstlichen Zerwürfniß mit den Vereinigten Staaten kommen lassen darf; sobald diese in irgend einem Punkte ihm gegenüber auf ihrem Willen beharren, wird es zur Nachgiebigkeit gezwungen sein, da es in einem etwa ausbrechenden Kriege immer der Verlierer sein würde.

Bergegenwärtigen wir uns einmal den Verlauf eines solchen Krieges zwischen England und Nordamerika. Bei der Überlegenheit der englischen Flotte ist von vornherein zuzugeben, daß sie imstande sein wird, sowohl die

atlantische wie die pazifische Küste des Feindes wirksam zu blockieren und den auswärtigen Handel der Vereinigten Staaten zu vernichten, der indessen nicht mehr als fünf Prozent ihres Gesanthehandels betragen soll. Allein das wird sich sehr bald als ein Schnitt ins eigne Fleisch ausweisen. Denn die Unterbindung des amerikanischen Handels, der übrigens zu mehr als 50 Prozent auf englischen Schiffen betrieben wird, muß zunächst einen cotton famine wie im Sezessionskriege und damit einen Stillstand in der wichtigsten Industrie des Landes hervorrufen. Damals ging die Krise vorüber, indem die hungernden Arbeitermassen von Lancashire aufs ausgiebigste von dem übrigen Volke unterstützt wurden; aber daran ist diesmal nicht zu denken. Denn viel ungeheurer und in ihren Wirkungen das ganze Volk ergreifend wird die Teuerung der notwendigsten Lebensmittel sein, die auf die Schließung der nordamerikanischen Getreidehäfen folgen muß. Selten sind in England mehr Kornvorräte als für einen Monat vorhanden; nahezu also sofort würden die Preise der Lebensmittel in die Höhe schnellen, und das Land würde plötzlich gezwungen sein, seinen Bedarf anders woher zu decken. Möglich, daß es ihm bei seinem ungeheuern Reichtum gelingt, die ganze Getreideausfuhr der übrigen Getreideexportländer nach England abzulenken, obwohl auch das kaum genügen würde; aber wovon sollen dann die andern Getreide einführenden Länder leben, unter denen Mächte ersten Ranges wie Deutschland und Frankreich sind? Die bare Not allein würde diese zwingen, durch Vorstellungen sehr nachdrücklicher Art England zur Freigebung der nordamerikanischen Getreidehäfen zu bewegen.

Thatsächlich liegt die Sache so, daß in einem etwaigen englisch-amerikanischen Kriege England die Ausfuhr der Hauptexportartikel seines Gegners gar nicht verhindern kann, weil es selber den Fortbestand dieser Ausfuhr wünschen muß. Im Gegenteil, es sind die Amerikaner, die glauben, sie könnten lediglich durch die Schließung ihrer Getreidehäfen England entweder allein oder vermöge einer europäischen Koalition zum Nachgeben zwingen. Das mag übertrieben sein; vor allem fragt es sich, ob die Vereinigten Staaten die Krise aushalten werden, die eine so gewaltige Aufstauung der Getreide- und Baumwollvorräte hervorrufen muß — aber aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich doch die merkwürdige Thatsache ergeben, daß trotz des Kriegszustands, worin beide Staaten leben, infolge stillschweigender Übereinkunft der Handel zwischen beiden größtenteils seinen Fortgang nehmen würde. Da also von einer wirtschaftlichen Ruinierung des Gegners nicht die Rede sein kann, die möglicherweise eintretende Vernichtung der amerikanischen Flotte aber so gut wie gar keinen Eindruck machen wird, so fragt sich nur, wer das Spiel am längsten aushält.

Dabei ist nun folgendes in Betracht zu ziehen. Die große Masse der von Nordamerika nach England eingeführten Waren ist allerdings für England unentbehrlich, dagegen besteht die englische Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten größtenteils aus Manufakturwaren, die drüben ebenso gut hergestellt werden können. So unmöglich es also für die Engländer ist, gänzlich auf die amerikanische Einfuhr zu verzichten, so leicht ist es für die Amerikaner, die eng-

lische zu entbehren, und bei dieser Sachlage ist zehn gegen eins zu wetten, daß die Amerikaner überhaupt die englische Einfuhr verbieten, die im Durchschnitt der letzten drei Jahre doch annähernd 360 Millionen Mark — nach amerikanischen Angaben noch mehr — betragen hat. Das wäre zunächst ein schwerer Schlag gegen die englische Industrie, die auf das nordamerikanische Absatzgebiet verzichten müßte, während das entstehende Manko von Waren in Amerika leicht durch eine Ausdehnung der einheimischen Industrie wettgemacht werden könnte, die also in einer Stärkung des inländischen Bedarfs einen guten Ersatz für etwa verlorengelassene auswärtige Absatzgebiete finden würde.

Dazu kommt noch ein zweiter Übelstand. Wie sich aus den angeführten Zahlen ergibt, hat England allein an Getreide und Baumwolle in den drei letzten Jahren durchschnittlich für 1107½ Millionen Mark von den Vereinigten Staaten bezogen. Wenn nun auch in dieser Summe zum größten Teil die an englische Reeder zu bezahlenden Frachten und die Zinsen für englisches Kapital enthalten waren, das in den Staaten angelegt ist — nach dem französischen Statistiker Georges Martin waren es 1897 etwa 6800 Millionen Mark —, so wurde doch der Rest der amerikanischen Einfuhr nach England von diesem zum Teil mit seiner Einfuhr nach Amerika bezahlt. Fällt diese weg, so muß die Zahlung in bar geleistet werden, eine sehr unangenehme Sache, wenn man bedenkt, daß schon jetzt die Furcht vor dem Goldabfluß nach Amerika den englischen Markt beherrscht, und daß in den letzten Jahren Millionen amerikanischer Wertpapiere, die zum Teil seit dem Sezessionskriege in englischen Händen waren, nach drüben zurückgewandert sind, um die ungünstige Handelsbilanz Englands gegenüber Nordamerika auszugleichen — eine Thatsache, die von niemand bestritten wird. Alles das muß England den Wunsch nahe legen, jeden Konflikt mit Amerika zu vermeiden, und dazu gesellt sich nun noch eine letzte und sehr ernste Erwägung.

Es ist klar, daß die Amerikaner in Kanada geradezu ein Pfand für Englands gute Gesinnung haben; denn jeder zwischen beiden Mächten ausbrechende Krieg würde sofort das Einrücken von Unionstruppen zur Folge haben. Nun begegnet man allerdings auf kanadischer Seite häufig der Ansicht, das Land vermöge sich ganz allein gegen die Vereinigten Staaten zu schützen; allein die militärischen Sachverständigen sprechen anders, und wir haben also eine Äußerung der Überhebung vor uns, wie sie sich leicht in einem Lande einstellt, das sich in materieller Beziehung so günstig entwickelt wie Kanada. Daß aber England selber imstande sei, das Land gegen eine Macht wie die Union zu behaupten, das erscheint nach seinen Erfolgen in Südafrika doch sehr zweifelhaft. Dazu werden sich in Kanada selbst manche Stimmen für den Anschluß an die Vereinigten Staaten erheben, von denen das Land zu einem großen Teile wirtschaftlich abhängig ist. Denn nahezu 43 Prozent des Gesamthandels von Kanada hat die Union in Händen, und ihr Anteil würde noch viel größer sein, wenn nicht die unsinnig hohen Sätze des Dingleytarifs die Einfuhr Kanadas nach Nordamerika ungemein erschwerten. Nun haben bekanntlich die

kanadischen Liberalen, früher eifrige Verfechter des Anschlusses an die Union, neuerdings den Versuch gemacht, durch einen Vorzugstarif die englische Einfuhr zu begünstigen, aber damit nur ein ziemlich unzweideutiges Fiasco erzielt. Seit 1895/96 ist der Anteil Englands an der Einfuhr nach Kanada von 28,1 auf 22,3 Prozent im Finanzjahr 1898/99 gesunken, während sich die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten in derselben Zeit von 49,3 auf 57,1 vom Hundert gehoben hat, und an dieser Bewegung wird auch die neuerdings verfügte weitere Begünstigung englischer Waren wenig ändern, obwohl sie eine Zollermäßigung von 33 $\frac{1}{3}$  Prozent in Aussicht nimmt. Bis jetzt hat diese ganze Politik nicht dem Mutterlande, sondern Kanada Vorteil gebracht, das in England einen ausgezeichneten Abnehmer seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse gewonnen hat, die durch den Dingleytarif von 1897 plötzlich vom amerikanischen Markte ausgeschlossen waren. Aber sobald die Schranke fällt, indem Kanada der Union einverleibt wird, steht sich das Land wirtschaftlich mindestens ebenso gut und wird sich darum auch bald mit der Angliederung ausöhnen. England aber hätte nicht bloß eine wichtige Kolonie verloren, sondern gerade die Kolonie, die seinen imperialistischen Plänen den meisten Vorschub leistet.

Man sieht, es ist nahezu eine Unmöglichkeit für England, mit Nordamerika anzubinden; das wissen die schlauen Yankee recht gut und schicken sich neuerdings an, Vorteil aus dieser Sachlage zu ziehen. Dies wird ganz unzweideutig durch den Verlauf zweier Angelegenheiten bewiesen, die seit einiger Zeit der Gegenstand des Streites zwischen den angelsächsischen Völkern sind; ich meine den noch immer nicht entschiednen Grenzstreit in Alaska, bei dem es sich um den Zugang zu den Goldfeldern Klondykes handelt, und die Nicaraguakanalfrage, in der es Anfang Februar dieses Jahres durch den Hay-Pauncefote-Vertrag zu einem vorläufigen Abschluß gekommen ist.

Mit der Alaskafrage hat es folgende Bewandnis. Am Beginn der zwanziger Jahre stellte sich bei den beiden Mächten, die vom Nordwesten des nordamerikanischen Festlands Besitz ergriffen hatten, bei Rußland und England, das Bedürfnis heraus, ihre Gebiete genauer als bisher gegeneinander abzugrenzen, und nach langen Verhandlungen kam der Vertrag des Jahres 1825 zustande, der eine Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Ansprüchen darstellte. In § 3 dieses Vertrags wurde festgesetzt, daß die Grenze von der Südspitze der Prince of Wales-Insel den Portlandkanal, einen der tief eingeschnittenen Fjorde, an denen die Nordwestküste Nordamerikas zwischen dem 49. und 59. Breitengrade so reich ist, bis zum Schnittpunkt mit dem 56. Breitengrade hinaufgehn solle. Von da ab sollte sie dem Kamm des Küstengebirges bis zum 141. Grade westlicher Länge von Greenwich folgen, der dann als Grenze bis zum Eismeer außersehen war. Der genaue Wortlaut ist der folgende: *A partir du point le plus méridional de l'île dite Prince of Wales, lequel point se trouve sous la parallèle du 54 degré 40 minutes de latitude nord et entre le 131 et le 133 degré de longitude ouest (Méridien de Greenwich), la dite ligne [die Demarkationslinie] remontera au Nord le long de la passe*

dite Portland Channel jusqu'au point de la terre ferme, où elle atteint le 56 degré de latitude nord; de ce dernier point la ligne de démarcation suivra la crête des montagnes situées parallèlement à la côte, jusqu'au point d'intersection du 141 degré de longitude ouest (même méridien); et finalement, du dit point d'intersection, la même ligne méridienne du 141 degré formera dans son prolongement jusqu'à la mer glaciale la limite entre les possessions russes et britanniques sur le continent de l'Amérique nord ouest. Danach erhielt also Rußland den von ihm gewünschten Küstenstrich. Da indessen die Engländer, und ohne Zweifel mit Recht, der Genauigkeit der vorhandnen Karten nicht trauten und ein zu tiefes Hineingehn der Grenze landeinwärts vermeiden wollten, so wurde in einem weitem Artikel bestimmt, die Breite des russischen Küstenstreifs solle höchstens 10 Meilen (lieues marines = 55,6 km) betragen. Art. 4. Il est entendu . . . que partout où la crête des montagnes, qui s'étendent dans une direction parallèle à la côte depuis le 56 degré de latitude nord au point d'intersection du 141 degré de longitude ouest, se trouverait à la distance de plus de dix lieues marines de l'Océan, la limite entre les possessions britanniques et la lisière de côte, mentionnée ci-dessus comme devant appartenir à la Russie, sera formée par une ligne parallèle aux sinuosités de la côte et qui ne pourra en être éloignée que de dix lieues marines.

Danach fiel also den Russen ein Küstenstreif zu, der nach dem Innern zu durch den Kamm des Küstengebirges, wo sich dieses jedoch weiter als 10 französische Seemeilen vom Meere entfernte, durch eine Linie bezeichnet wurde, die in 55,6 Kilometern Abstand den Windungen der Küste parallel lief. Dieser letzte Fall trat übrigens nirgends ein, da sich die tiefen fjordartigen Einschnitte der Küste überall bis auf eine weit geringere Entfernung dem Küstengebirge näherten. In der That ist denn auch das Eigentumsrecht Rußlands seit 1825 niemals in Zweifel gezogen worden, und auch die Union, die 1867 durch Kauf das ganze Alaskagebiet erwarb, hat sich jahrzehntelang des unbestrittenen Besitzes erfreut. Allerdings hatte Kanada im Anfang der siebziger Jahre den Wunsch nach einer Grenzberichtigung kundgegeben, und es waren auch einige Vorbereitungen getroffen, die ganze Sache aber wurde sehr lässig betrieben und war völlig eingeschlafen, als sich Anfang 1897 die Lage mit einem Schlag veränderte. Ende 1896 verbreitete sich die Kunde von unerhört reichen Goldfunden, die auf kanadischem Gebiet in Klondyke, wo der Zufall die Grenze von Alaska überschreitet, gemacht worden waren, und sofort setzte das Goldfieber ein. Scharen von Auswandern verließen ihre Heimat, gingen aber zu einem großen Teil unter, ehe sie das unwirtliche Goldland erreichten.

Der Weg dorthin ist nur von der amerikanischen Küste aus möglich. Eben nördlich vom 58. Breitengrade schneidet einer der letzten Fjorde in nördlicher Richtung tief ins Land hinein; es ist der sogenannte Lynnkanal, an dessen innersten Verzweigungen die beiden kleinen amerikanischen Ansiedlungen Dyea

und Stagway liegen. Diese beherrschen den Zugang zu zwei wichtigen Pässen, die von der Küste über das Felsengebirge in das Yukongebiet hinüberführen, zu dem westlichen Chilkatpaß, der von Dyea ausgeht, und dem östlichen, bequemern Whitepaß. Es konnte nun natürlich Kanada nicht entgehn, welche Unzuträglichkeiten damit verbunden waren, daß die Union die Zugänge zu dem wichtigen Goldlande besaß. Um wenigstens einen zu bekommen, prüfte man den alten russisch-englischen Vertrag und fand hier wirklich den Punkt, an dem man einsetzen konnte. Man behauptete nämlich, unter „Küste“ in dem Vertrage dürfe nicht die wirkliche Küstenlinie mit ihren vielen Einschnitten und Windungen, sondern nur die allgemeine Richtung, die Fluchtlinie des äußern Küstenrandes, ohne Berücksichtigung der tiefen Einschnitte verstanden werden. Eine Linie aber, die in 55,6 Kilometern Entfernung mit dieser Küstenlinie parallel läuft, würde natürlich bei allen Fjorden, die tiefer als 55,6 Kilometer ins Land einschneiden, das obere Ende Kanada zusprechen. Danach müßten insbesondre Dyea und Stagway an Kanada fallen. Hiergegen läßt sich nun zunächst in aller Kürze sagen, daß sich der Vertrag von 1825 seiner Vorgeschichte nach als ein Kompromiß darstellt, der Rußland die Verfügung über die Seeküste und einen Landstreifen daran gewährte, England aber den Besitz des gesamten Hinterlandes zusicherte. In allen Verhandlungen werden für Großbritannien als Ausgänge zum Meer nur die südlich von der Prince of Wales-Insel liegenden Küstenbuchten in Betracht gezogen. Zweitens aber — und das ist doch das Entscheidende — sind Rußland und sein Rechtsnachfolger, die Vereinigten Staaten, über siebenzig Jahre lang im unbestrittenen Besitz der Küstengewässer und des Landstreifens gewesen, ohne daß Kanada einen energischen Versuch gemacht hätte, seinen Ansprüchen Geltung zu verschaffen. Vor allem hat es auf dem angeblich ihm gehörenden Gebiet am Nordende des Lynnkanals amerikanische Ansiedlungen geduldet, sogar einmal einen britischen Unterthan, der dort Land erwerben wollte, deswegen nach Washington als an die zuständige Stelle gewiesen.

Sonach ist das Recht unzweifelhaft auf Seiten der Amerikaner, und wenn diese sich trotzdem darauf einließen, die Sache vor eine internationale Kommission zu bringen, so ist darin eine Bethätigung der freundlichen Gesinnung zu sehen, die eine Zeit lang England gegenüber vorherrschte. Die Kommission, die im vorigen Jahre unter dem Vorsitz Lord Herschells zusammentrat, bestand aus vier Kanadiern, einem Engländer und fünf Amerikanern, deren Entgegenkommen hier so weit ging, daß sie nicht nur gemeinsamen Besitz und gemeinsame Verwaltung von Stagway, sondern auch Internationalisierung der von dort nach Fort Selkirk am Yukon zu erbauenden Eisenbahn vorschlugen. Da sie sollen Kanada sogar das Recht zugestanden haben, Truppen und Kriegsmaterial auf diesem Wege nach Klondyke zu schaffen. Allein Kanada blieb hartnäckig: es verlangte zum mindesten Pyramid Harbour, einen kleinen Hafen auf der Westseite des Lynnkanals, und einen zwei Meilen breiten Streifen von da bis zur Grenze mit dem Chilkatpaß. Dies wurde dagegen wieder von

den Amerikanern zurückgewiesen, die unter keinen Umständen amerikanisches Gebiet abtreten wollten, und so ging die Kommission unverrichteter Sache auseinander.

So wenig klug der Widerstand Kanadas erscheint, so ist er doch zunächst aus der tiefen Gereiztheit zu begreifen, die dort gegen die Vereinigten Staaten herrscht, weil diese durch die enormen Zölle erst des Mac Kinleytarifs, dann des Dingleytarifs die kanadische Ausfuhr nach der Union aufs allerempfindlichste geschädigt haben. Dazu ist jetzt nun noch das Gefühl der wirtschaftlichen Überlegenheit gekommen, seitdem man im Mutterlande einen sehr guten Abnehmer der einheimischen Erzeugnisse gefunden hat. Andererseits sind die Amerikaner mit Recht überzeugt, bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit gegangen zu sein; bei der Empfindlichkeit des amerikanischen Volks in diesem Punkte darf keine Regierung es wagen, auch nur einen Fußbreit des Landes der Union abzutreten. Vor allem aber ist, wie ich oben gezeigt habe, das Gefühl, man müsse etwas thun, um Englands Freundschaft zu erhalten, durchaus im Schwinden begriffen, und so gewiß es ist, daß nur auf dem von den amerikanischen Vertretern angedeuteten Wege die Sache zu einer allgemein befriedigenden Entscheidung kommen kann, so zweifelhaft ist es, ob die Vereinigten Staaten heute noch bereit sind, diesen Weg zu gehn. Die Sache ruht übrigens augenblicklich; vielmehr hat sich das öffentliche Interesse einer andern Angelegenheit zugewandt, die auch für Europa von der größten Wichtigkeit ist.

Es ist dies der Streit um den Nicaraguakanal und die Gültigkeit des berühmten Bulwer-Clayton-Vertrags vom Jahre 1850. Ungefähr um dieselbe Zeit, wo England und Rußland den Maskavertrag schlossen, begannen Unterhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Nicaragua über den Bau eines Kanals, der mit Benutzung des San Juanflusses und des Sees von Nicaragua eine Verbindung zwischen dem Atlantischen und Stillen Ozean herstellen sollte. Obwohl die Verhandlungen ergebnislos verliefen, so hatten sie doch genügt, die Aufmerksamkeit der englischen Regierung zu erregen, die kurz entschlossen durch einen Handstreich die sogenannte Mosquitoküste in Besitz nahm, d. h. den größten Teil der Ostküste Nicaraguas vom Kap Gracias a Dios bis zum San Juanflusse, dessen Mündung, zugleich die natürliche Mündung des Kanals, damit in ihre Gewalt kam. Ein Notschrei Nicaraguas an die Vereinigten Staaten verhallte ungehört; erst allmählich begriffen diese die Veränderung der Lage, die durch Englands brutales Vorgehn geschaffen worden war. Sie versuchten alsdann, diese zunächst gänzlich zu ignorieren, indem 1849 der Kommissar Elijah Hise eine Konvention zwischen Nordamerika und Nicaragua abschloß, nach der diesen Staaten allein das Recht auf Erbauung und Verwaltung des Kanals zustand; allein die entschlossene Haltung Lord Palmerstons bewirkte, daß der Präsident Taylor den Vertrag nicht genehmigte und vielmehr den Weg gütlicher Vereinigung mit England suchte. Lord Palmerston war dazu auch bereit und sandte 1849 Sir Edward Lytton

Bulwer in besonderm Auftrage nach Washington, wo er bald in Verhandlungen mit dem damaligen Staatssekretär Clayton eintrat, deren Ergebnis der berühmte Bulwer-Clayton-Vertrag vom 19. April 1850 ist. Darin gaben zunächst beide Teile erworbne Rechte auf, die Union verzichtete auf das aus dem Vertrag mit Nicaragua abzuleitende Recht der Erbauung und Verwaltung des Kanals, während England die Mosquitoküste an Nicaragua zurückgab und sich in Mittelamerika auf den Besitz der Holzfällersiedlung Britisch-Honduras beschränkte. Dann wurde nun in Artikel 1 des Vertrags die gemeinsame Erbauung und Verwaltung des Kanals durch die beiden vertragsschließenden Mächte festgesetzt, mit dem ausdrücklichen Hinzufügen, daß weder die Union noch Großbritannien eine ausschließliche Aufsicht über den Kanal haben dürfe, dort Befestigungen anlegen oder eine Oberherrschaft über die zentralamerikanischen Staaten ausüben dürfe. Gegen diese letzte Bestimmung verstieß allerdings Englands Besitz in Britisch-Honduras, doch kam es den Amerikanern hauptsächlich darauf an, durch diese Einfügung die Umwandlung von Britisch-Honduras zu einer Kronkolonie zu verhüten: gegen eine Holzfällersiedlung hatten sie so wenig, daß Clayton sich sogar zu einer besondern Erklärung vom 5. Juli 1850 verstand, wonach die Bestimmungen des Artikel 1 nicht auf Britisch-Honduras Anwendung finden sollten. Die folgenden Paragraphen handelten dann hauptsächlich von der Erbauung der Wasserstraße, in Artikel 5 wurde die Garantierung der Neutralität des Kanals und des in ihm angelegten Kapitals ausgesprochen; Artikel 7 traf Anordnungen über die Konzeptionierung einer Gesellschaft, die den Bau übernehmen sollte. Wichtig vor allem war Artikel 8, der, um ein Prinzip auszusprechen, den Schutz der beiden Mächte auf alle möglichen Verbindungen auf dem Isthmus von Amerika, sei es durch Eisenbahn oder Kanal, ausdehnte, wobei namentlich die Verbindungen über Tehuantepec und Panama erwähnt wurden.

Unstreitig bedeutete der Vertrag einen großen Erfolg der englischen Regierung, zu dem außer der entschlossenen Haltung Lord Palmerstons die rechtzeitige Beschaffung von Kompensationsobjekten und besonders die eigentümliche Stellung des amerikanischen Bevollmächtigten beigetragen hatte. Daß der Vertrag eine Verletzung der Monroedoktrin sei, wurde sofort in Amerika erkannt; allein Clayton antwortete auf eine direkte Anfrage später, daß er dies gerade beabsichtigt habe. Wie die Dinge einmal lagen, suchten die Engländer ihre Stellung in Mittelamerika zu befestigen, indem sie 1852 die Bayinseln vor der Küste von Honduras in Besitz nahmen, allein die öffentliche Meinung in Nordamerika erklärte das so energisch als eine Verletzung des Vertrags, daß die englische Regierung diese Maßregel schleunigst zurücknahm, worauf sich Präsident Buchanan für vollständig befriedigt erklärte. Doch gelang es ihnen später, Britisch-Honduras zu einer Kronkolonie zu erheben, obwohl auch dies dem direkten Wortlaut des Vertrags widersprach. Mittlerweile aber hatte man in Nordamerika den Clayton-Bulwer-Vertrag als sehr drückend empfinden gelernt; jedenfalls wurde eine Ausführung unter seinen

Bestimmungen als ganz unmöglich angesehen, und seit 1880 beginnen die Bemühungen amerikanischer Staatsmänner, eine Aufhebung oder gründliche Änderung des Vertrags herbeizuführen.

Nachdem schon Präsident Hayes in seiner Botschaft vom 9. März 1880 darauf hingewiesen hatte, daß von einer Garantierung des Kanals durch europäische Mächte keine Rede sein könne, trat sofort nach Garfields Regierungsantritt (März 1881) Staatssekretär Blaine mit Lord Granville, dem englischen Premierminister, in eine längere Korrespondenz ein, in der er die Gründe entwickelte, die für die Union die Aufhebung des Vertrags wünschenswert machten. Zunächst seien die Bedingungen, unter denen der Vertrag geschlossen sei, temporär und könnten nie wieder hergestellt werden; man habe damals auf englisches Kapital gehofft, dessen Beteiligung aber nicht erfolgt und nun auch gar nicht mehr nötig sei. Ferner müsse Amerika Befestigungen am Kanal haben, da dieser sonst im Falle eines Kriegs mit England der überlegenen englischen Seemacht vollkommen preisgegeben sei. Endlich stelle der Vertrag eine gröbliche Verletzung der Monroedoktrin dar. Noch geschickter vertrat unter Präsident Arthur noch einmal (1882) Staatssekretär Frelinghuysen den Standpunkt der Vereinigten Staaten, indem er den Argumenten seines Vorgängers noch dies hinzufügte, daß der Vertrag von England selbst verletzt sei, weil es entgegen dem Art. 1 Honduras zu einer Kronkolonie erhoben habe. Die Deklaration, die Clayton nach dem Vertrag gegeben habe, sei eben kein Teil des Vertrags; auch sei die ursprüngliche Konzession für den Bau des Kanals längst abgelaufen, folglich auch der darauf sich beziehende Vertrag. Auf alles dies hatte Lord Granville eine sehr einfache Antwort: der Vertrag bezöge sich nicht bloß auf die damals geplante, sondern im Prinzip auf jede mögliche Verbindung, und was Britisch-Honduras beträfe, so sei England doch von den Vereinigten Staaten stillschweigend im Besitz anerkannt. Damit schloß die Korrespondenz; es ist dann jahrelang kein offizieller Versuch mehr gemacht worden, den Vertrag umzustößen. Doch wurde die Stimmung in Amerika dem Vertrag immer feindlicher, und auch in England lernte man ihn allmählich mit andern Augen ansehen. Man sagte sich, es nütze eben nichts, auf seinem Schein zu bestehen, da die Amerikaner unter den Bedingungen des Clayton-Bulwer-Vertrags doch niemals in die Erbauung willigen würden, und da den Engländern nicht entgehn konnte, welche Vorteile der Kanal dem englischen Handel bringen mußte, so begannen auch sie sich einer Revision des Vertrags zuzuneigen.

Es war also alles für eine Verständigung vorbereitet, als im vorigen Jahre die Verhandlungen zwischen Staatssekretär Hay und dem englischen Bevollmächtigten Lord Pauncefote eröffnet wurden, und diese haben denn auch verhältnismäßig rasch zu einem Ergebnis geführt, der sogenannten Hay-Pauncefote-Konvention, die am 8. Februar dieses Jahres offiziell im Wortlaut veröffentlicht wurde. Außerlich stellt sich dieses Abkommen als ein Nachtrag zum Clayton-Bulwer-Vertrage dar, den es jedoch in wesentlichen Punkten ab-

ändert. Gleich im ersten Artikel wird den Nordamerikanern das alleinige Recht auf Erbauung und Verwaltung des Kanals übertragen, dessen Neutralität von allen Mächten garantiert wird. Der zweite Artikel enthält dann eine Reihe von Einzelbestimmungen, die sich im wesentlichen dahin zusammenfassen lassen, daß dem neuen Kanal dieselbe internationale Stellung wie dem Suezkanal angewiesen wird. Die wichtigste darunter ist das Verbot der Anlage von Befestigungen, während zugleich den Vereinigten Staaten erlaubt wird, so viel Truppen dort zu halten, wie zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung notwendig sind.

Unzweifelhaft haben die Amerikaner mit diesem Abkommen einen großen Erfolg errungen, der um so höher anzuschlagen ist, als sie zugleich in der Alaskafrage keinen Schritt zurückgewichen sind. Denn man hat doch den Eindruck, als ob Engländer wie Amerikaner, Kaufleute, wie sie nun einmal sind, mit den Streitobjekten Handel getrieben haben, und das anfängliche Entgegenkommen der Union im Grenzstreit um Alaska war doch auch wohl darauf berechnet, von England bessere Bedingungen in der Kanalfrage herauszuschlagen. Erst als dies durch Kanadas eigensinnige Weigerung mißlang, sahen sich die Engländer mit Rücksicht auf die vorteilhafte und unabhängige Lage, in der die Union ihnen gegenüber ist, zum Nachgeben ohne irgend welche Gegenleistung gezwungen. Aber das ist allerdings die Frage, ob nicht mit Benutzung der gegenwärtigen Verhältnisse noch etwas mehr aus England herauszuschlagen gewesen wäre, denn die gemeinsame Kontrolle der Mächte, die an sich eine Verletzung der Monroedoktrin bedeutet, sowie das Verbot der Anlage von Befestigungen sind geblieben, und hier setzt eben der Widerspruch ein, den das Abkommen in den Vereinigten Staaten findet. In der That ist die Stellung des Nicaraguakanals nur formell der des Suezkanals gleich; beide sind international und unbefestigt. Aber thatsächlich ist dieser in den Händen der Engländer, die Ägypten und das Rote Meer vollkommen beherrschen, während jener im Fall eines Kriegs zwischen der Union und einer ihr überlegenen Seemacht sofort in der Gewalt des Gegners sein und dessen Position ungemein verstärken würde. Die Gegner der Konvention in Amerika meinen nun eben, daß energische Vorstellungen Hays, insbesondre die Drohung, einseitig den Clayton-Bulwer-Vertrag aufzuheben, ein Aufgeben aller Rechte Englands zu Gunsten von Amerika zur Folge gehabt haben würde, und darin liegt eine gewisse Berechtigung, wenn man das Verhältnis zwischen beiden Mächten betrachtet, wie ich es oben auseinanderzusetzen gesucht habe. Alles in allem genommen ist es wahrscheinlich, daß die Hay-Pauncefote-Konvention nicht die Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaften in Washington findet.

Was alsdann geschehen wird, hängt von der großen Entscheidung ab, die am Ende dieses Jahres fällt. Bleibt Mac Kinley am Ruder, so wird er die Konvention, so wie sie ist, durchdrücken müssen, weil er und seine Partei der Unterstützung Englands bedürfen. Denn das ist klar: eine imperialistische Politik, die über die Grenzen Amerikas nach Ostasien hinausgreift, kann von

der Union mit ihren verhältnismäßig geringen Land- und Seestreitkräften nur dann erfolgreich durchgeführt werden, wenn sie an der englischen Freundschaft einen festen Rückhalt hat. Daher auch die glimpfliche Behandlung Englands im Hay-Pauncefote-Vertrage; denn daß er auch so noch Vorteile genug für England bietet, hat Staatssekretär Hay selbst angedeutet, wenn die Äußerung richtig ist, die ihm zugeschrieben wird, „daß er in keinem Punkte dem Drucke Englands nachgegeben habe.“ Diese Verteidigung wäre unnötig, wenn er sich nicht selbst bewußt wäre, daß sein Werk den Eindruck macht, als sei es ein wenig günstig für England ausgefallen. Wie aber die Dinge lagen, durfte er die Macht nicht vor den Kopf stoßen, an der Mac Kinleys imperialistische Politik ihre beste Stütze hat. Allein gerade diese Politik findet in den Vereinigten Staaten schon lange nicht mehr die begeisterte Zustimmung wie damals nach dem spanischen Kriege, und gegen sie richtet sich diesmal der Hauptsturm der demokratischen Partei, die in der Selbstbeschränkung der Union auf die westliche Halbkugel das Heil und zugleich die notwendige Folgerung aus der Monroedoktrin sieht.

Ein solches Amerika allerdings braucht die englische Freundschaft nicht. Wenn also die Demokraten siegen, so werden sie weder in der Nicaraguakanalfrage noch im Alaskastreit zu Konzessionen bereit sein, und England bleibt dann nichts übrig, als nachzugeben, wie es so oft gethan hat, wo es auf einen energischen Widerstand stieß. Es ist in London noch in guter Erinnerung, mit welcher Angst vor vier Jahren die Geldleute der Londoner City in ihren Kontoren saßen und auf die erlösende Nachricht von Mac Kinleys Wahl warteten, die sie von der Furcht vor dem Silbermann Bryan befreien sollte. Diesmal sind es die Männer von Downing Street, deren Augen voll Spannung nach drüben schauen werden; denn für die englische Politik kommt viel darauf an, ob Mac Kinley bleiben oder Bryan an seiner Statt ins Weiße Haus zu Washington einziehen wird.

Ch. Lenschau



## Acht Jahre sächsisch-deutscher Politik

Von Otto Kaemmel



Es ist immer eine sehr schwierige Aufgabe, das Leben eines noch regierenden Fürsten in wirklich historischer Weise zu schildern, zumal wenn man selbst in amtlicher Beziehung zu ihm steht, und das Material mit seiner eignen Zustimmung dem Verfasser zur Verfügung gestellt worden ist. Das sieht man auch an dem sehr verdienstvollen und wichtigen Buche, worin Paul Hassel, Direktor des sächsischen